

Hannes S [REDACTED]

An

Netzentwicklungsplan Strom

24. April 2023

Betr.: Konsultation Netzentwicklungsplan Strom 2037 / 2045 (2023), 1. Entwurf

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff genannten Vorhaben gebe ich folgende Stellungnahme ab, und zwar aus Sorge um das Gelingen der Energiewende, um meine Gesundheit sowie um die Natur.

1. Mit den neu vorgesehenen Trassen sollen die zentrale Erzeugung von fossiler Energie und der überregionale Transport möglichst lange aufrechterhalten bleiben. Damit wird bedauerlicherweise die Energiewende, wo immer möglich, verzögert werden. Die sich daraus ergebende Konsequenz, dass alte Energie und große Netze zu Lasten der Verbraucher äußerst lukrativ für einige wenige sind, muss vermieden werden.
2. Wenn man das Ziel der 100%igen Versorgung mit Erneuerbaren Energien in einem Szenario abbildet, wird unweigerlich ersichtlich, dass der Dreh- und Angelpunkt dafür das Verteilnetz sein wird und nicht das Übertragungsnetz. Diese Tatsache sollte endlich auch die Bundesnetzagentur zur Kenntnis nehmen und berücksichtigen.
3. Wie bereits immer wieder gefordert wird, kann eine dezentrale Energiewende auf Basis erzeugungs- und verbrauchsnaher Strukturen entsprechend dem Prinzip des zellularen Ansatzes den Übertragungsnetzausbaubedarf erheblich verringern. Allein mit einem Ausbau der Netzkapazität auf der 110 kV bzw. 20 kV Ebene ist ein massiver Zubau von Erneuerbaren Energien zu erreichen. Die Bundesnetzagentur ignoriert diese Entwicklung, obwohl hauptsächlich die Verteilnetze unsere Versorgungssicherheit gewährleisten. Der einzige Lösungsansatz, der nicht im Fiasco endet, ist der dezentrale Ansatz.
4. Es wird völlig außer Acht gelassen, dass die behauptete Notwendigkeit des Windstromtransports vom Norden in den Süden schon deshalb nicht richtig ist, weil das erzeugte Volumen nicht einmal für den Bedarf im nördlichen Teil Deutschlands ausreicht. Wenn der Strom aus erneuerbaren Energien dort verbraucht oder gespeichert werden würde, wo er erzeugt wird, gäbe es die dem NEP zugrunde gelegten befürchteten Netzengpässe nicht. Eine dezentrale Stromerzeugung macht lange Stromtrassen, die vorzugsweise dem innereuropäischen Stromhandel dienen, überflüssig.
5. Auch die Erdverkabelung birgt großes zerstörerisches Potential, wie riesige Schneisen durch Wälder, Bodenerwärmung bei landwirtschaftlich genutzten Flächen, Zerstörung des Bodenlebens über hunderte von Kilometern.

6. Laut Angaben der Übertragungsnetzbetreiber steigt der Aufwand für den Netzausbau von einem 2014 prognostizierten Wert von 16 Milliarden Euro mit diesem neuen NEP auf 239,7 Milliarden Euro nur für das Zubaunetz. Wie bei den meisten Großprojekten heute üblich, könnten sich diese Kosten durchaus noch verdoppeln. Es ist nicht vertretbar, so viel Geld in Stromnetze zu investieren, die der Entwicklung entgegenstehen, Strom unabhängig von Gas, Kohle und Uran zu erzeugen. Mit diesem Geld könnten ausreichend Speicherprojekte in Angriff genommen und das Verteilnetz ausgebaut werden und damit die Energiewende wirklich voran gebracht werden.
7. Gesundheitliche Auswirkungen für die an der Trasse wohnenden Menschen und die massiven Eingriffe in die Natur und das Wohnumfeld der Betroffenen sowie die Auswirkungen auf das Landschaftsbild und die Naturhaushalte, finden so gut wie keine Berücksichtigung im Netzentwicklungsplan. Die Schutzgüter „Mensch“ und „Natur“ existieren hier anscheinend überhaupt nicht. Dies zeigt auch die Tatsache, dass es keine verbindliche bundesweite Abstandsregelung zur Wohnbebauung gibt (wie z. B. bei Windkraftanlagen in Bayern).
8. Die erhöhten Gesundheitsrisiken (Krebs, Leukämie, etc.) im Umfeld von Hoch.- und Höchstspannungstrassen sind durch zahlreiche Studien belegt. Die Strahlenschutzkommission hat sich mit dem Thema auseinandergesetzt und fordert schon seit dem Jahr 2013, dass vor dem Bau neuer Leitungen weitere Humanstudien unter gut kontrollierten Bedingungen stattfinden müssen. Auch die Bundesanstalt für Strahlenschutz hat im Jahr 2017 weitergehende Untersuchungen gestartet. Bis heute liegen keine belastbaren Ergebnisse vor. Die Anrainer werden zu Versuchsobjekten.

Meine Stellungnahme gebe ich zur Veröffentlichung frei.

Mit freundlichen Grüßen

